

Seliger, Bernhard

Working Paper

Die zweite Welle: Ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2008-01

Provided in Cooperation with:

OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Seliger, Bernhard (2008) : Die zweite Welle: Ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2008-01, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/55417>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Bernhard Seliger

**Die zweite Welle:
ordnungspolitische Herausfor-
derungen der ostasiatischen
Wirtschaftsentwicklung**

Diskurs 2008 – 1

Bernhard Seliger

Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung

Zusammenfassung

In den letzten Jahren mehrten sich die Stimmen, die das kommende Jahrhundert als das „asiatische“ Jahrhundert bezeichneten. Während diese Vorhersage bei westlichen Kommentatoren eher mit Sorge erfolgt, wird sie in den schnell wachsenden Volkswirtschaften Ostasiens mit unverhohlenem Stolz auf die eigene Leistung gemacht. Tatsächlich stellt das Wachstum Ostasiens eine Herausforderung für die entwickelten Volkswirtschaften des Westens. Dabei ist diese Herausforderung einmal eine Frage von Marktanteilen, Exporterfolgen und Ressourcenverbrauch. Hier hat die Diskussion oft auch im Westen in deutlich neo-merkantilistische Züge: Marktanteile Chinas sind dann Verluste für eigene Firmen, Arbeitslosigkeit eine Folge der neuen starken Konkurrenten aus dem Osten. Zweitens, und mehr fundamental, ist die Herausforderung auch ordnungspolitisch. Stellt der Erfolg Ostasiens, vor allem auch in China und Vietnam, nicht die ordnungspolitischen Gewissheiten des Westens in Frage? Kann dauerhaft Wachstum ohne Demokratie und Transparenz erfolgreich sein? Während die Asienkrise eine negative Antwort für die kleinen Tiger zu geben schien, steht die Antwort auf die Frage vor allem für China, den nach allen Maßstäben wichtigsten Staat der zweiten Welle, noch aus.

Keywords: East Asia, Economic Growth, Competitiveness

Seliger, Bernhard – PD Dr. habil.
Hanns-Seidel-Stiftung - Seoul Office
Room 501, Soo Young Bldg.,
64-1, Hannam 1 Dong, Yongsan-gu,
Seoul, Republic of Korea
bjseliger@yahoo.de

Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung

1. Einführung

In den letzten Jahren mehrten sich die Stimmen, die das kommende Jahrhundert als das „asiatische“ Jahrhundert bezeichneten. Nach der japanischen Herausforderung, die vor allem Chalmers Johnson (1982) mit seinem Buch über „MITI and the Japanese Miracle“ popularisierte, erfolgt nun die chinesische Herausforderung. Das alte Sprichwort, „Optimisten lernen Russisch, Pessimisten Chinesisch“ aus dem Kalten Krieg scheint heute wieder eine neue Bedeutung zu erhalten. Bei westlichen Kommentatoren wird diese Entwicklung durchaus mit Sorge gesehen – Sorge um die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Exportindustrien, Sorge um den eigenen Platz in der Weltwirtschaft, aber auch Weltpolitik – denn mit steigender Wirtschaftskraft wird auch das geo-politische Potenzial zum Beispiel Chinas anders bewertet – und auch die Frage, ob das marktwirtschaftliche Modell des Westens wirklich anderen Modellen so überlegen ist, wie es der Erfolg der entwickelten westlichen Marktwirtschaften im Positiven und der Misserfolg der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften im Negativen zu beweisen schienen. Die verlorene Dekade Japans, das seit Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts unter Wachstumsschwäche und Bankenkrise zu leiden hatte, wird dabei weitgehend ausgeblendet. In Ostasien selber wird dagegen die Entwicklung der Wirtschaft und die eigene neue Stärke mit unverhohlenem Stolz betrachtet. So sprachen schon Deng Xiaoping und Rajiv Gandhi in den 1980er Jahren vom „asiatischen Jahrhundert“, das kommen würde. Jetzt ist es da. „Chindia“ ist die neue große Herausforderung: große Staaten mit noch größeren Menschenmassen, ein anscheinend unerschöpfliches Potenzial für den Arbeitsmarkt, bei Löhnen, die einfach nicht unterboten werden können. Das Ricardianische Theorem der komparativen Vorteile wird dann mal schnell unterschlagen, vor allem, wenn es um die Ausrichtung der künftigen Handelspolitik geht. Diese ist jetzt schon deutlich merkantilistischer geworden als noch vor wenigen Jahren. Während EU-Handelskommissar Peter Mandelson (2008) noch in der renommierten jährlichen AI-

cuin-Vorlesung der Cambridge-Universität vom „openness boom“ der letzten zwei Dekaden spricht, sind tatsächlich die Weichen schon auf einen neuen Protektionismus eingestellt, z.B. in den USA, wo die Mehrheiten für die frühere Freihandelspolitik verloren gegangen sind. So ist die Schlussfolgerung von Jeffrey Sachs (2004) nur logisch: „Welcome to the Asian Century.“

Aber was heißt das genau? Ist es nur die Anerkennung dafür, dass die ostasiatischen Staaten, ähnlich wie vorher die europäischen und nordamerikanischen Volkswirtschaften, marktwirtschaftliche Strukturen eingeführt haben? Ist es eine rein demographische Entwicklung, die Ostasien über eine junge Bevölkerung und große Märkte zum Mittelpunkt der Weltwirtschaft werden lässt? Oder ist es etwa eine Apologie der „Entwicklungsdiktatur“, derjenigen Volkswirtschaften, die Marktwirtschaft mit der Missachtung der Menschenrechte verbinden? Die Asienkrise schien dies für die erste Welle erfolgreicher Industrialisierung in Ostasien durch die so genannten kleinen Tiger zu verneinen. Denn die Krise offenbarte gerade die Schwächen im institutionellen Gefüge dieser Diktaturen und autoritär regierten Staaten. Doch nun stellen Chinas und Vietnams Aufstieg ähnliche Fragen: Beides sind Länder mit den weltweit höchsten Wachstumsraten der letzten Jahre, und beides sind frühere sozialistische Zentralverwaltungswirtschaften, die das politische Monopol der kommunistischen Partei uneingeschränkt weiterführen. Dies ist insbesondere für die Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft eine erhebliche Herausforderung, denn diese betont ja gerade die Wichtigkeit von Institutionen für Wachstumsprozesse und die Interdependenz der Teilordnungen. In diesem Beitrag soll untersucht werden, welche Antwort die Ordnungspolitik auf diese Herausforderung geben kann. Im zweiten Abschnitt wird ein Rückblick auf die erste Welle der ostasiatischen Wachstumserfolge in den so genannten Tigerstaaten gehalten. Abschnitt 3 befasst sich mit den Lehren aus der Asienkrise. Im vierten Teil wird der Aufstieg der ostasiatischen Transformationsstaaten untersucht, gefolgt von Schlussfolgerungen für die Ordnungstheorie und Wirtschaftspolitik (5.).

2. Die erste Welle der ordnungspolitischen Herausforderung – Japan und die kleinen Tiger

Die ostasiatische Weltordnung, in der China im Mittelpunkt stand und ein Netz von Beziehungen zu anderen konfuzianisch geprägten Staaten und Regionen (wie Taiwan, Korea, Vietnam, Japan) unterhielt, hatte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Bestand.¹ Zwar hatte China selber durchaus eine hohe wirtschaftliche Entwicklung erreicht, allerdings hemmten das Feudalsystem langfristige, nachhaltige Investitionen, die wirtschaftspolitische Zentralisierung, die kulturelle Disposition und politische Faktoren wie die Furcht vor den Kolonialmächten Portugal und Niederlande und später England die Entwicklung des Handels und die kollektive Landwirtschaft des Nassreisanbaus den wirtschaftlichen Individualismus. Technologische Neuerungen, die ursprünglich dank des hohen Bildungsstandards durchaus ein Zeichen für die ostasiatischen Wirtschaften waren (wie etwa bewegliche Metalllettern beim Buchdruck) führten so, anders als in Westeuropa, nicht zu einer breit angelegten industriellen Revolution und im 19. Jahrhundert fielen die ostasiatischen Staaten, was den Stand der Technik und wirtschaftlichen Entwicklung, und damit einhergehend auch die militärische Macht, betraf, immer weiter gegen die westlichen Staaten zurück. Zwar unterhielt China schon im 18. Jahrhundert relativ regen Handelsaustausch mit dem Westen, die anderen Staaten hatten ihn aber wie Japan auf ein einziges Fenster (Nagasaki) beschränkt oder praktisch ganz abgelehnt, wie Korea. Dadurch kamen auch technische Neuerungen und neue Ideen nur bruchstückweise über China in diese Länder. Karl Marx sieht die Länder Ostasiens bereits nur noch als wachstumshemmende Feudalsysteme. Im Zeitalter des Kolonialismus führte dies zu Demütigungen durch Handelskriege (wie die Opiumkriege mit China), erzwungene Öffnungen (in China, Japan und Korea) und teilweise Kolonialisierung (wie in Indochina).

Der erste Staat, der eine eigenständige industrielle Revolution erreichen konnte, war Japan im 19. Jahrhundert. Durch eine Mischung aus Beibehaltung traditioneller Institutionen und Akzeptanz neuer Technologien, aber auch wirtschaftlicher Institutionen, kam es nach der Meiji-Restauration von 1868, bei der sich der Kaiser (Tenno) der Herrschaft der Shogune entledigte, zu einer schnellen Industrialisierung, die für die Zukunft ganz Ostasiens im 19. und 20. Jahrhundert schicksalhaft werden sollte. Denn sie führte auch zum Aufstieg der militärischen Macht Japans und zu Expansi-

¹ Zur Einführung s. Kim (1980).

onsplänen, die teils auf ältere Vorbilder (wie die Kriege mit Korea und Japan im ausgehenden 16. Jahrhundert) zurückgriffen, teils wirtschaftlich begründet waren, teils dem Vorbild der Imperien Europas verhaftet waren. Japans Sieg über China im Krieg von 1894-1895 bedeutete das Ende der oben beschriebenen ostasiatischen Weltordnung. Wichtiger noch war der Sieg Japans im russisch-japanischen Krieg von 1904-1905. Hier siegte zum ersten Mal eine asiatische Nation über eine europäische. Dies beendete einerseits die These von der automatischen, z.B. rassistisch begründeten, Überlegenheit des Westens, andererseits war es auch eine Rechtfertigung für die Öffnung für westliche Technik und Kultur in Japan. In Europa wurde das durchaus als Bedrohung einer vorher sicher geglaubten Machtstellung gesehen: das Wort von der „gelben Gefahr“ hat hier seinen Ursprung; der Eurozentrismus war zum ersten Mal in Frage gestellt.

Japan wurde durch die Annexion Koreas und Taiwans selbst zur Kolonialmacht und die Vormachtstellung Japans in ganz Ostasien schien nur eine Frage der Zeit zu sein.² Dies brachte Japan in Gegensatz zu den USA und Großbritannien. Unter dem Slogan von der „*Greater East Asian Sphere of Co-Prosperity*“ versuchte Japan, die Völker Ostasiens gegen die Kolonialmächte aufzuwiegen und gleichzeitig dem eigenen Kolonialreich einzuverleiben. Im pazifischen Krieg, der von 1937 bis 1945 tobte, ging diese Vision unter – sie endete mit der fast totalen Zerstörung Japans und dem Abwurf zweier Atombomben. Die Wirtschaftskraft, die einmal der Ausgangspunkt von Japans Expansion war, lag völlig danieder. Doch, genauso wie in Westdeutschland kam es in Japan nach dem zweiten Weltkrieg zu einem so kaum erwarteten Wiederaufbautempo, das bald dazu führte, dass Japans Wirtschaftskraft noch viel größer war als vor dem Krieg und der bald als „Wirtschaftswunder“ deklariert wurde. Diese Wirtschaftskraft wurde nun, unter einer betont pazifistischen Verfassung und in der engen Koalition mit den USA, nicht mehr zur militärischen Expansion eingesetzt. Aber wirtschaftlich gesehen wurde der Traum Japans, Mittelpunkt eines neuen ostasiatischen Weltsystems zu sein, bald erfüllt, denn japanische Waren, später japanisches Kapital und in den letzten Jahrzehnten auch japanische Kultur fassten überall in Ostasien rasant Fuß. Der Wiederaufstieg Japans wurde in den Wirtschaftswissenschaften und Regionalwissenschaften kontrovers diskutiert. Während sicherlich die Neubildung des Kapitalstocks hohe anfängliche Wachstumsraten begünstigte und

² Zur Kolonialgeschichte Japans s. Beasley (1987).

einige Autoren wie Mancur Olson (1982) den Wiederaufbau auch auf institutionelle Faktoren wie die Zerstörung von Partikularinteressen (z.B. der Konglomerate, *Zai-batsu*) und Verteilungskoalitionen zurückführte, fokussierte vor allem die Regionalwissenschaft auf die Rolle der staatlichen vorausschauenden Industriepolitik und deren Durchsetzung durch staatlich gelenkte Banken. Freilich hat diese Erklärung durch die von etwa 1990 bis 2005 dauernde Wirtschaftskrise, in deren Mittelpunkt das verschachtelte und marode Bankensystem stand, viel von ihrer Ausstrahlung verloren.

Die Debatte um die ostasiatischen Wachstumserfolge ging aber weiter, denn nach Japan waren auch die so genannten ostasiatische Tigerstaaten oder genauer, kleine Drachen (亞洲四小龍), Südkorea, Hong Kong, Singapur, Taiwan erfolgreiche Industrialisierer. Auch bei diesen Staaten schien das politische Umfeld die Wachstumserfolge nicht gerade zu begünstigen: Südkorea war durch den Koreakrieg völlig zerstört, geteilt, lebte in einem brüchigen Waffenstillstand mit Nordkorea und hatte bis Ende der 1950er Jahre eine korrupte autoritäre Regierung, dann eine kurze Phase chaotischer Demokratisierung und schließlich ab 1962 ein Militärregime. Hong Kong und Taiwan waren isoliert vom chinesischen Festland und politisch durch den Kalten Krieg ebenfalls in einer prekären Situation. Singapur hatte erst vor kurzem die Unabhängigkeit erlangt und stand, nach kurzzeitiger erfolgloser Fusion mit Malaysia, vor ethnischen Spannungen. Alle vier aber schafften es, vor allem durch Handel und wirtschaftliche Freiheit, in kurzer Zeit zu Industriestaaten zu werden. Und gegen Ende der 1980er Jahre zogen sie sogar die so genannten kleinen Tigerstaaten, Malaysia, Thailand, die Philippinen und Indonesien mit, obwohl dort große Unterschiede bei der Nachhaltigkeit der Wachstumserfolge bestehen blieben und z.B. die Philippinen für lange Zeit ein stagnierendes Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen.

Die Gründe für den erstaunlichen Erfolg der kleinen Tiger beim Wachstum finden sich in einer Mischung aus Freiheit des Unternehmertums, Außenorientierung und Wirtschaftsethik. Obwohl das gesamte Wirtschaftssystem oft, wie z.B. im Fall Südkoreas, mit starken Planungsprozessen arbeitete (Südkorea nutzte Fünfjahrespläne, die stärker noch als die Indikative Planung etwa in Frankreich die wirtschaftlichen Prioritäten der Unternehmen lenkten, vor allem durch selektive Kreditvergabe), waren dem Unternehmertum wenige Grenzen gesetzt. Dies betrifft vor allem die Organisation der Unternehmen, die Rolle der Gewerkschaften, aber auch die Besteuerung und

Regulierung. Außenwirtschaftlich gesehen waren einige der Tigerstaaten von Beginn an sehr frei, wie die Stadtstaaten Hong Kong und Singapur, andere, wie Südkorea oder Taiwan, nutzen eine Politik der selektiven Liberalisierung, um die Exportindustrien des Landes aufzubauen. Dazu wurden die Importe von Rohstoffen oder Zwischenprodukten, die für die Exportindustrien benötigt wurden, zuerst liberalisiert, erst später die Märkte für Endprodukte.

Allerdings ist dies nicht mit der Politik der Importsubstitution zu verwechseln, die auf den Aufbau von „*Infant Industries*“ unter einem Schutzzaun von Zöllen setzt. Im Gegensatz zu dieser Politik, die in den fünfziger Jahren z.B. von Südkorea erfolglos betrieben wurde, war die spätere Politik der kleinen Tiger eindeutig exportorientiert. Nur solche Firmen erhielten Kredite von den staatlich gelenkten Banken, die Exportindustrien aufbauten und beim Export auch Erfolge hatten. Dadurch war die Orientierung auf den Weltmarkt, die bei der Importsubstitution z.B. in Lateinamerika nie zustande kam, von Anfang an gegeben. Zur Öffnungspolitik zählte auch die Offenheit für Technologietransfer aus dem Ausland. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese vor allem aus Japan kam, dem ungeliebten früheren Aggressor. Verbunden war sie oft, vor allem in Südostasien, mit Kapitaltransfers, den japanische Unternehmen begannen, die niedrigen Löhne in Südostasien für die eigene Produktion zu nutzen, so dass schließlich vom „Wildgänse-Modell“ gesprochen wurde, bei dem die Produktion in Japan beginnt (Innovationsphase), später in der Wachstumsphase in die mehr entwickelte erste Garnitur der Tigerstaaten zieht und schließlich in der Reifephase in der zweiten Reihe der Tigerstaaten produziert wird.³

Ebenso wichtig wie diese Aspekte ist auch die Wirtschaftsethik der kleinen Tigerstaaten. Dazu gehörten vor allem die hohen Sparraten in der Bevölkerung. Diese kamen nicht, wie etwa in der Sowjetunion, in erster Linie durch erzwungenes Sparen durch den Mangel an Konsumgütern zustande, sondern durch die Einstellung der Menschen, die vor allem für die Ausbildung ihrer Kinder sparten. Investitionen in die Bildung der Kinder waren einer der wichtigsten Faktoren, der später den Übergang von Massenproduktion bei billigen Löhnen zum Aufbau von Hochtechnologieindustrien ermöglichten. Gleichzeitig wurden die Ersparnisse durch das Bankensystem in Exportindustrien gelenkt. Dies war zwar nicht immer wirtschaftlich effizient, wie Fehl-

³ Zum Zusammenhang von Exportförderung und Wachstum in Ostasien s. Pascha (1991).

investitionen in Sektoren wie die Schwerindustrie in Malaysia oder Südkorea zeigen, aber durch die Exportorientierung der Investitionen doch immer mit einem steigenden Anteil des Außenhandels an der Wirtschaftsleistung und einer größeren Außenorientierung verbunden, die wiederum auch Lerneffekte mit sich brachte.

Gegen Ende der 1980er Jahre waren die Wachstumserfolge in Ostasien nicht mehr zu übersehen – nachdem es in den 1970er Jahren viele Kritiker der Weltmarkt-orientierung gegeben hatte, die von endogenen Wachstumsprozessen schwärmten und die die Unterordnung der Peripherie unter die wirtschaftlichen Anforderungen vor allem der USA als Neokolonialismus kritisierten.⁴ Die Weltbank verfasste daraufhin eine groß angelegte Studie, deren Titel, „*Economic growth and public policy*“, schon auf die Ursachen des Wachstums hinwies (Weltbank 1993). Sie identifiziert fünf verschiedene Faktoren, die für die Wachstumsprozesse in Ostasien charakteristisch sind.

1. „*Getting the basics right*“ – die makroökonomische Lage der Tigerstaaten, vor allem der erfolgreichsten unter ihnen, war stets ausgesprochen gut. Zwar gab es auch hier, wie in Westeuropa und den USA, in den 1970er Jahren Phasen erhöhter Inflation, es kam zu Handelsbilanzdefiziten in einigen Staaten und durch die ausgeprägte Verbindung mit der Weltwirtschaft wirkten sich die Weltwirtschaftskrisen hier auch besonders stark aus. Aber in der Regel waren die Staatshaushalte ausgeglichen, die Privathaushalte wiesen hohe Sparraten auf und die Investitionen in Kapital und Humankapital wuchsen stark an.

2. Ein geringer Grad an Ungleichheit sorgte dafür, dass trotz der relativ großen Freiheit des Unternehmertums das Wachstum nicht zu sozialen Spannungen führte. Zwar kamen die Unternehmer, vor allem die Eigner der Konglomerate, zu märchenhaftem Wachstum, und zwar kam es in den autoritär geführten Staaten oft zu Günstlingswirtschaft, aber im Ganzen waren die Staaten Ostasiens relativ wenig durch Ungleichheit geprägt (mit Ausnahmen wie den Philippinen).

3. Ein wichtiger Grund dafür war das Produktivitätswachstum im Agrarsektor, das dazu führte, dass die notwendige Schere bei der Stadt-Land-Entwicklung nicht zu

⁴ Typisch dafür sind die Veröffentlichungen im „Bulletin of Concerned Asian Scholars“; siehe z.B. Long (1977).

groß wurde. Um Arbeitskräfte in die Exportindustrien der Städte zu locken, mussten diese natürlich höhere Löhne zahlen, was auch aufgrund ihrer Exporteinnahmen leicht möglich war, aber es kam nicht zur Verelendung auf dem Lande, sondern die Landwirtschaft profitierte auch vom wirtschaftlichen Wandel. Dies sicherte den politischen Konsens für die Wandel, und erhielt natürlich auch die Nahrungsmittelbasis für die schnell wachsende Bevölkerung. Einige Staaten, wie Südkorea mit der neuen Dorfbewegung (*saemaul undong*), versuchten diese Prozesse auch konsequent zu nutzen.

4. Die öffentlichen Verwaltungen in den Tigerstaaten waren alles in allem relativ effizient. Zwar gab es große Unterschiede in Bezug auf die Korruption, die ja durch autoritäre Strukturen oft begünstigt wurde, aber im großen und ganzen waren die Verwaltungen Meritokratien, bei denen ein guter Ausbildungsstand dem Personal gute Aufstiegschancen gab und die im Interesse des Aufbaus ihres Landes arbeiteten.

5. Marktfreundliche Interventionen (z.B. Exportziele) sorgten dafür, dass zwar nicht immer die effizienteste Investition ausgesucht wurde, die sich ja nur in einem Marktprozess herauskristallisieren kann, allerdings auch nicht konsequent gegen die Märkte investiert wurde. Im Bankenbereich versuchte die staatliche Allokation, Probleme der asymmetrischen Information, die in den sich erst entwickelnden institutionellen Systemen besonders groß waren, zu entschärfen.

Alles in allem waren die makroökonomische Stabilität, das weitgehend frei funktionierende Preissystem, ein staatlich gestützter, und dadurch relativ stabiler Finanzsektor und eine starke Neigung, in Humankapital zu investieren, typisch für die ostasiatischen Wachstumsstaaten. Wenn durch staatliche Lenkung Fehlinvestitionen entstanden, wie bei der Schwerindustrie in Malaysia und Südkorea in den 1970er Jahren, so wurden diese relativ schnell wieder korrigiert, weil dahinter keine ideologischen Zielsetzungen standen, sondern eine pragmatische Wirtschaftspolitik, die zuließ, was funktionierte und die dies auch von anderen Wirtschaftssystemen abkupferte. Die Bereitstellung langfristiger Finanzierung im Bankensystem war zudem eine Voraussetzung für Infrastrukturinvestitionen (wie den Ausbau des Straßennetzes in Südkorea), die sich erst Jahrzehnte später voll bezahlt machten. Die Offenheit für ausländische Technologie, auch wenn sie von Japan kam, gehört mit zum Pragma-

tismus der Wirtschaftspolitik, die Politik gegenüber ausländischen Direktinvestitionen war dagegen sehr uneinheitlich: Während Hong Kong und Singapur aggressiv Direktinvestitionen einwarben, sperrte sich z.B. Südkorea völlig dagegen.

Die obige Darstellung des asiatischen Wirtschaftswunders durch die Weltbank wurde, nach der Kritik und dem Spott der 1970er Jahre, wo viele Kritiker darin eine Unterwerfung unter den globalen Kapitalismus sahen, bald zur Orthodoxie in der Erklärung der Wachstumserfolge Ostasiens. Auch die Politik begann darauf zu reagieren, z.B. durch die Asieninitiativen, die viele westeuropäische Länder, z.B. Deutschland, Anfang und Mitte der 1990er Jahre starteten. Wie jede Orthodoxie hatte sie jedoch auch ihre Kritiker. In diesem Fall war es Paul Krugman (1994), der „*The Myth of Asia's Miracle*“ anzweifelte. Nach seiner Version der Wachstumserfolge handelt es sich rein um quantitatives Wachstum (d.h. den vermehrten Faktoreinsatz, vor allem den Einsatz von mehr Arbeit, aber auch Kapital, durch die hohen Sparraten), das die Wachstumserfolge erklärt. Sie ließen sich auf die griffige Formel von „*perspiration instead of inspiration*“ (Schwitzen statt Kreativität) bringen, denn das Wachstum sei, z.B. in Singapur, fast ausschließlich auf den Faktormehreinsatz zurückzuführen.⁵ Damit sei es nichts anderes als das Wachstum, das etwa die Sowjetunion in den 1950er Jahren aufwies.

Während es sicherlich wahr ist, dass der Faktormehreinsatz eine bedeutende Rolle für das Wachstum in Ostasien spielte, so berücksichtigt Krugman dennoch viele Faktoren nicht. Erstens ist die Mobilisierung des Faktormehreinsatzes selber schon eine wichtige Leistung der Volkswirtschaft. Es handelt sich ja nicht um erzwungene Rekrutierung von Arbeitsleistung, sondern um den gelungenen Aufbau von Industrien, die die Arbeitskräfte aus der relativ weniger produktiven Landwirtschaft umlenkte. Zweitens erfolgten Investitionen, die z.B. durch hohe Sparraten ermöglicht wurden, nicht wie in der Sowjetunion aufgrund staatlicher Zentralplanung, sondern waren sie im Prinzip frei, wenn auch staatliche Banken bei der Kreditallokation eine Umlenkung in Exportindustrien erreichten (ohne dass der Staat selber diese Industrien und konkreten Projekte bestimmte). Drittens übersieht Krugman die hohe

⁵ Krugman bediente sich, wie andere Autoren, der Wachstumsanalyse (*growth accounting*), um die Effekte des Mehreinsatzes von Arbeit und Kapital sowie, als Residuum, die Wachstumseffekte durch erhöhte Produktivität (*Total Factor Productivity, TFP*) auseinanderzuidividieren, wobei TFP sowohl den technischen Fortschritt wie auch die verbesserte Organisation des Produktionsprozesses, z.B. das Management, enthält.

technologische Anpassungsfähigkeit der ostasiatischen Wachstumsstaaten, die sich vor allem auch in Importen von Kapitalgütern wie Maschinen ausdrückt, die eine erhöhte Produktivität ermöglichen. Der Aufbau des Kapitalstocks war markt gelenkt und darin gerade unterschiedlich zu dem in der Sowjetunion. Es gab keine Tonnenideologie der Produktion, sondern die Investitionen erfolgten aufgrund von Markterfordernissen. Und die Verjüngung bzw. der Ausbau des Kapitalstocks war gleichzeitig mit eingebetteten Produktivitätsfortschritten verbunden, die sich in der Wachstumsanalyse nicht direkt niederschlagen.

Krugmans Kritik war wichtig, denn er wies auf die automatischen Grenzen des quantitativen Wachstums hin, die sich z.B. in Japan und Südkorea schon deutlich bemerkbar machten. Er wurde auch weit rezipiert und vor allem nach der Asienkrise auch als vorausschauend gelobt; dennoch vermochte er weder, die Krise vorherzusagen – die Analogie mit der Sowjetunion ließ eigentlich eher eine stetige, aber graduelle Abschwächung des Wachstums analog zur neoklassischen Produktionsfunktion erwarten, die gerade nicht eingetreten ist – noch vermochte Krugman, zu erklären, was Ostasien, anders als die Sowjetunion, so erfolgreich machte, denn bei Publikation seiner Kritik 1994 sprachen die Wirtschaftsdaten ja schon eine eindeutige Sprache, die eigentlich einen Vergleich mit der Sowjetunion verboten. Ungesehen in der Euphorie über das Wachstum in Ostasien, aber auch ungesehen von Skeptikern wie Krugman, braute sich eine Krise zusammen, die im Jahr 1997 und 1998 Asien, aber auch die Weltwirtschaft erschütterte.

3. Die Asienkrise als ordnungspolitische Krise – Wiederherstellung des ordnungspolitischen Konsenses?

Beginnend mit Thailand, brach 1997 eine Wirtschaftskrise aus, die das Selbstverständnis der Tigerstaaten stark erschütterte.⁶ Seit Anfang der 1990er Jahre waren sie als positive Entwicklungsbeispiele in aller Munde und entsprechend stolz und zuversichtlich. Gleichzeitig begannen sie, ihre Kapitalmärkte zu liberalisieren, um noch mehr Kapital anzulocken und durch Kreditaufnahme im Ausland, das nur sehr gerne am Wirtschaftswunder Ostasiens teilhaben wollte, einen neuen Wachstumsschub zu ermöglichen. Die Zeiten, in denen nur staatlich gelenkte Kredite erhältlich waren, wa-

⁶ Die Geschichte und Hintergründe der Asienkrise können hier nicht ausführlich diskutiert werden. Siehe aber zur Verlaufsgeschichte Henderson (199) sowie Kaufman et al. (1999) und Pempel (1999).

ren längst vorbei. Verstärkt wurde der Geldzufluss aus dem Ausland noch durch die Bindung der Währungen der ostasiatischen Staaten an den US-Dollar. Traditionell waren die USA das wichtigste Exportland und die Dollarbindung sorgte für Planungssicherheit, auch für Investoren und Kreditgeber. Bei Inflationsdifferenzialen zu den USA (fast alle ostasiatischen Staaten wiesen während ihrer Hochwachstumsphase deutlich höhere Inflation auf als die USA) führte dies aber zur realen Aufwertung der ostasiatischen Währungen und z.B. in Südkorea zu Handelsbilanzdefiziten. Und die Sicherheitsmaßnahmen, die zum institutionellen Standard in vielen Marktwirtschaften gehören, waren noch nicht vorhanden. So kam es dazu, dass ungehemmte Wachstumsprozesse zur Blasenbildung und zu massiven Fehlinvestitionen führten. Fünf Krisenstaaten zeigten nach und nach Symptome der Krise, gegen die sich kein Staat wehren konnte. In Thailand, das einen Immobilienboom, vor allem in der Hauptstadt, erlebt hat, platze die Blase zuerst. Nachdem klar war, dass die Devisenreserven zur Verteidigung des Bath nicht ausreichten, wurde die Dollarbindung aufgegeben und es kam zur dramatischen Abwertung. Im August 1997 gab der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Beistandskredit von 17 Mrd. US-\$ zur Stützung der Währung, vor allem aber, um das Übergreifen der Finanzkrise auf weitere Staaten zu vermeiden.

Dazu war es aber schon zu spät. Auch Malaysia, das ein starkes Handelsbilanzdefizit aufwies, wurde im Juli Opfer von Kapitalabflüssen und Spekulation und musste seine Dollarbindung aufgeben. Anders als Thailand wehrte sich Malaysia dagegen, Kredite beim IWF aufzunehmen und dafür dessen Bedingungen zu akzeptieren und zog es vor, sich im September 1997 durch Kapitalverkehrskontrollen von den Folgen der Krise abzuschotten, bei gleichzeitiger Einführung einer neuen Dollarbindung. Indonesien musste als dritter Staat im August 1997 seine Währung Rupie floaten lassen und konnte nur durch einen Beistandskredit des IWF in Höhe von 23 Mrd. US-\$ stabilisiert werden. Die Philippinen sahen eine kontinuierliche Abwertung des Pesos, die auch durch zwei kleinere IWF-Beistandskredite 1997 und 1998 nicht gestoppt wurde. Bis heute leidet es unter den Folgen der Krise, die auch politische Unruhen mit sich brachte. In Südkorea brachen im Juli 1997 mehrere große Konglomerate (*chaebol*) zusammen, vor allem der Autohersteller Kia. Im November, nachdem die verfügbaren Währungsreserven fast erschöpft waren, musste auch Südkorea den IWF um einen Beistandskredit bitten, die Währung Won und der Aktienmarkt brachen

ein und im Dezember gab es mit 58 Mrd. US-\$ das größte bis dahin je vergebene Beistandsprogramm des IWF.

Die Krise in Ostasien war zunächst eine Währungs- und Finanzkrise, die durch den Vertrauensverlust von Anlegern entstand. Diese hatten massiv in Ostasien investiert, jedoch meist nicht in Form von Aktien oder langfristigen Krediten, sondern in Form kurzfristiger Kredite, die immer wieder verlängert wurden. Nach dem Beginn der Krise wurde das Kapital, das z.B. auf drei Monate angelegt war, abgezogen. In Ostasien wurden mit diesen Krediten aber häufig langfristige Projekte gefördert. Diese konnten nicht mit durchgeführt werden und Investitionsruinen, vor allem im Baubereich, waren das augenfälligste Zeichen der Krise. Die Krise steckte aber auch eigentlich für gesund gehaltene Unternehmen und Volkswirtschaften an („*contagion*“). Durch die Bildung von Risikogruppen bei der Risikobewertung (z.B. „*emerging economies*“) wurden bei der Krise in einigen Staaten durch das höhere Risiko und die damit verbundenen stärkeren Risikoaufschläge auch andere Volkswirtschaften angesteckt. Denn plötzlich war dort die Kreditfinanzierung teurer, was einen größeren Anteil fauler Kredite bedeutete und eine Spirale höheren Zinsen oder gleich den Abfluss des Kapitals mit sich brachte. Gleichzeitig bedeutete die Dämpfung der Wirtschaft in einer Volkswirtschaft aber auch reale Effekte für andere Volkswirtschaften (*spill over*).⁷

Die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen, vor allem des IWF, war durchaus umstritten während der Asienkrise. Die Bereitstellung großer Summen für die Stützung der Krisenstaaten und die Stützung einzelner *hedge funds*, die durch ungesicherte Termingeschäfte in Schwierigkeiten geraten waren und die drohten, das gesamte Weltfinanzsystem zu untergraben, entsprach zwar dem Selbstverständnis als „*lender of last resort*“, Krisenfinanzier. Aber sie führte auch, so Kritiker, zu „*moral hazard*“, dem unverantwortlichen Handeln bei den Betroffenen, die im Falle von Fehlspekulationen auf internationale Hilfen hoffen konnten. Andere Kritiker wiederum sahen die Bedingungen, die der IWF an seine Kredite knüpfte, als Knebelung an, weshalb ja auch Malaysia die Kredite von vorneherein ablehnte. In den Krisen der 1980er Jahre in Lateinamerika war die laxe Fiskalpolitik und staatliche Über-

⁷ Innerhalb Ostasiens war diese Form der Krisenübertragung allerdings gering, da die wirtschaftliche Verflechtung durch intraregionalen Handel nicht sehr stark war. Am meisten litt noch Hong Kong als Umschlagplatz darunter. Wichtiger war sie z.B. für Rußland, das unter dem sinkenden Rohstoffpreisen für seine Hauptexportgüter litt und 1998 selber eine Finanzkrise durchlitt.

schuldung oft der Kern des Problems gewesen. Deshalb reagierte der IWF auch auf die Krisen in Ostasien mit einer Forderung nach staatlichen Ausgabensenkungen, obwohl hier die makroökonomische Situation anders war. Kritiker sahen dies als Grund für die Rezession in den fünf Krisenstaaten im Jahr 1998 an. Allerdings war der IWF flexibel in der Anwendung seiner Instrumente und lernte schnell dazu. Die Debatte über den Sinn einer solchen Institution blieb allerdings bestehen.

Obwohl die Finanzkrise sich in Ostasien durch Ansteckung ausbreitete, wurden nicht alle Volkswirtschaften gleichermaßen angesteckt. Dies deutet daraufhin, dass auch strukturelle Faktoren die Krise mit begünstigten. „*Crony capitalism*“, die Bereicherung kleiner Cliquen, oft aus dem Umfeld von Diktatoren oder autoritär regierenden Herrschern in Ostasien, war der Vorwurf. War dies vorher noch als speziell ostasiatische Form des Wirtschaftsstils, z.B. durch Netzwerke, gelobt worden, so stand plötzlich der Vorwurf des Handels am Markt vorbei im Raum. Die politisch gelenkte Kreditvergabe hatte nicht nur überall zu Fehlallokationen geführt, sondern war oft auch eine Form der Günstlingswirtschaft, die teilweise, wie in Indonesien, erhebliche Ausmaße annahm. Gleichzeitig wurde offenbar, dass viele Firmen Ostasiens bei ihrem Wachstum alleine vom Umsatzwachstum, nicht vom Gewinn, bestimmt waren. In Südkorea wurden die Konglomerate nicht umsonst als Kraken bezeichnet: sie dehnten sich in alle möglichen Geschäftsfelder aus, ohne auf Rentabilität zu achten. Durch Quersubventionen wurden nicht profitable Bereiche gestützt, insgesamt entstanden so Imperien, die nicht mehr in der Lage waren, die Kredite, durch die das Wachstum hauptsächlich finanziert war, zurückzuzahlen. Firmen wie Kia oder Daewoo, zwei Automobilhersteller aus Südkorea, hinterließen bei ihrem Zusammenbruch Schuldenberge von etlichen Milliarden US-\$ (im Falle Daewoos 63 Mrd. US-\$).

Obwohl die großen Konglomerate meistens an Börsen notiert waren, zeichneten sie sich durch starke Intransparenz aus. Vermittels verschachtelter Eigentumskonstruktionen und Überkreuzinvestitionen konnten die Gründerfamilien auch dann, wenn sie schon längst nicht mehr die Mehrheit an ihren Unternehmen hielten, die Unternehmen wie Privatbesitz kontrollieren. Eine funktionierende Kontrolle durch den Markt, in Form von Aufsichtsräten oder Publizitätspflichten, gab es kaum. Die ostasiatischen Konglomerate, die maßgeblich den Aufstieg der einzelnen Staaten mit ges-

taltet hatten, schienen nun plötzlich genauso für ihren Niedergang verantwortlich zu sein.

Die Frage, ob die Krise in Ostasien eher eine Währungskrise ist, die durch *contagion* und *spill-over* die gesamte Region erfasste, oder eine Wirtschaftskrise mit strukturellen Ursachen, ist für die Politikempfehlungen, die aus der Krise zu ziehen sind, entscheidend. Klar ist, dass Strukturschwächen allein die Krise nicht erklären können. Denn diese Strukturschwächen waren schon lange bekannt und teilweise auch nur eine Umdeutung von vorher als Vorteilen gelobten Faktoren. So wurde das am Umsatz orientierte Wachstum südkoreanischer Konglomerate lange Zeit als Zeichen für eine langfristige Orientierung gesehen, die nicht auf kurzfristige Gewinne schielte. Gleichzeitig aber kann die Suche nach strukturellen Gründen für die Krise erklären, warum Länder mehr oder weniger erfolgreich die Krise gemeistert haben. Taiwan, Singapur und Hong Kong waren am wenigsten von der Krise betroffen. Taiwan hat eine ausgesprochen mittelständische Industriestruktur, Hong Kong und Singapur haben durch ihre Offenheit vor allem ausländisches Kapital angezogen und hatten keine Vormachtstellung weniger einheimischer, strikt regulierter Konglomerate. Sicherlich spielte auch die Liberalisierung der Kapitalmärkte in der Dekade vor der Krise eine wichtige Rolle. Viele Staaten versäumten es, die Liberalisierung durch den Aufbau neuer institutioneller Strukturen abzusichern. So konnte es zu Überschuldungskrisen kommen, die bis zum Platzen der Blase unbeachtet blieben.

Die Antworten auf die Asienkrise fielen in den einzelnen Krisenstaaten sehr unterschiedlich aus.⁸ Malaysia schottete sich soweit wie möglich von internationalen Finanzmärkten ab, in Indonesien kam es zur partiellen Reform und politischen Transformation (ähnlich in den Philippinen) und in Südkorea zur Öffnung unter Akzeptanz der Auflagen internationaler Organisationen (ähnlich auch in Thailand). In Malaysia regierte seit 1981 Mahathir als Ministerpräsident autoritär. Er rechtfertigte diese Art der Regierung gegen Kritik mit dem Hinweis auf asiatische Werte, die nicht unbedingt mit den westlichen Standards für Menschenrechte im Einklang ständen. Die Krise führte Mahathir vor allem auf das Wirken von internationalen Spekulanten und unkontrollierten *hedge funds* zurück. Nach einer einmaligen Abwertung um 40 Prozent wurde der malaysische Ringgit wieder an den US-Dollar gebunden, die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und damit das Einfrieren von investierten Gel-

⁸ Vgl. ausführlich Seliger (2000) für Indonesien, Malaysia und Südkorea.

dern sorgten dafür, dass diese Bindung Bestand hatte. Zwar konnte Malaysia damit die Krisenfolgen unmittelbar abdämpfen und litt nicht, wie etwa Indonesien, unter mehreren aufeinander folgenden Krisenschüben. Langfristig machte sich die Abschottung aber in Form einer fehlenden Umstrukturierung der Wirtschaft bemerkbar. Allerdings blieb Malaysia trotz aller Polemik über internationale Investoren ein offenes Land für ausländische Direktinvestoren, der Pragmatismus siegte.

In Indonesien, wie Soeharto schon seit 1967 autoritär regierte, war es unter seiner Regierung einerseits gelungen, den ethnisch wie religiös gemischten Staat zusammenzuhalten, andererseits war es zu einer krassen Bereicherung einer kleinen Oberschicht gekommen. *Reformasi*, der weit verbreitete Ruf nach Reformen, führte schließlich zu Soehartos Rücktritt. Es kam zu ethnischen Spannungen, vor allem mit den wirtschaftlich dominierenden Auslandschinesen, die unter Progromen zu leiden hatten, und zu territorialen Spannungen durch die Unabhängigkeit Ost-Timors und die Separatismus-Bewegung in Aceh. Nach den politischen Reformen wurden zwar die Bedingungen des IWF akzeptiert, die Umsetzung gestaltete sich aber als schwierig. So gab es ein neues, modernes Wettbewerbsgesetz, aber es bestand im Wesentlichen nur auf dem Papier. Indonesien hatte mehrfach unter den Nachwehen der Krise zu leiden, besonders auch, weil damit eine Erosion der staatlichen Macht einherging.

Südkorea hatte bereits 1987 eine erfolgreiche demokratische (politische) Transformation hinter sich gebracht. Die Krise brachte auch hier einen Regierungswechsel, aber einen demokratischen Wechsel von Regierung zu Opposition. Südkorea war, als erfolgreichster Tigerstaat, gleichzeitig mit am tiefsten getroffen von der Krise und erhielt das höchste bis dahin je vergebene Hilfsprogramm des IWF. Die Auflagen dazu wie die Bankenreform und die Öffnung für ausländische Investoren, u.a. durch den Verkauf zweier Banken an Ausländer, wurden akzeptiert. Die restriktive Finanzpolitik und die Zinspolitik wurden aber für die Rezession von 1998 verantwortlich gemacht, so dass in Korea die Asienkrise auch als „IWF-Krise“ bezeichnet wurde. Dennoch hat sich die Erfüllung der IWF-Auflagen für Südkorea gelohnt, denn schon 1999 konnte es eine erneute hohe Wachstumsrate von über neun Prozent aufweisen und im südkoreanischen Wachstumspfad stellt die Asienkrise letztlich nur eine Delle dar. Besonders erfolgreich war die Restrukturierung des Finanzsektors. Anders als etwa in Japan, wo die Bankenkrise nach 1989 mehr als zehn Jahre andauerte, wurde in

Südkorea durch die Gründung der Korea Asset Management Company (KAMCO) ein Instrument zum Aufkauf und Zweitverkauf (mit Abschlägen) fauler Kredite entwickelt, was sehr erfolgreich arbeitete. Die Reform der Konglomerate blieb dagegen Stückwerk.⁹

Dieser kurze Überblick zeigt, dass sowohl die Krisenursachen als auch die Antworten darauf in Ostasien sehr vielschichtig sind. Klar zeigte die Krise die Interdependenz von politischer und wirtschaftlicher Ordnung und damit scheint sie auch eine erste Antwort auf die ordnungspolitische Herausforderung der Tigerstaaten zu geben: Die Herausforderung mag eine solche für die Firmen, die mit Konkurrenten aus Ostasien um Marktanteile kämpfen, nicht aber für die Ordnungspolitik Westeuropas und insbesondere die Ordnungstheorie der sozialen Marktwirtschaft, denn diese zielt ja gerade auf kohärente marktwirtschaftliche Teilordnungen ab. Gleichzeitig zeigte die Krise auch die Rolle und die Wichtigkeit der Kompatibilität formaler und informaler Institutionen auf. Die Übernahme von formalen Gesetzen durch die Beratung durch internationale Finanzinstitutionen bringt nur dann Erfolge, wenn sie mit den informellen Institutionen kompatibel ist oder wenn diese informellen Institutionen sich auch ändern. Da dies oft nur langfristig der Fall ist, blieben zumindest zunächst viele Reformvorhaben wirkungslos. Damit ist schon eine gewisse Herausforderung für die Ordnungstheorie gegeben: Diese kann als normative Theorie der Wirtschaftspolitik nicht unabhängig von den informellen Institutionen eines Wirtschaftssystems gesehen werden. Drittens zeigte die Asienkrise auch deutlich, wie weit schon die Globalisierung die Spielräume für nationale Politik eingengt hat. Der Optimismus, mit dem die ostasiatischen Staaten Anfang der 1990er Jahre die Globalisierung begrüßt hatten, an der sie durch Liberalisierung vor allem der Kapitalmärkte teilhaben wollten, war der Ernüchterung gewichen über die Restriktionen, die die Internationalisierung der Volkswirtschaften mit sich brachte.

Wenn damit auch der Mythos Ostasien angekratzt war, so war er dennoch nicht zerstört. In nur wenigen Jahren erholten sich die Volkswirtschaften Ostasiens von der Krise, die Volksrepublik China war sogar kaum von ihr betroffen. China sowie Vietnam, ein weiterer erfolgreicher Transformationsstaat, standen auch mehr und mehr im Blickpunkt des neuen Interesses an Ostasien nach der Asienkrise.

⁹ Für eine ausführlichere Diskussion der Reformpolitik in Südkorea s. Seliger (1999).

4. Die zweite Welle – die Transformation der ehemaligen sozialistischen Wirtschaftssysteme Ostasiens

Das Interesse an der Volksrepublik China hat sicherlich zunächst mit der Größe des Landes, den Möglichkeiten für Marktentwicklung, die sich hier auftun und den Chancen zu tun, die sich hier für ausländische Investoren seit der Entwicklung von Sonderwirtschaftszonen Anfang der 1980er Jahre, aber insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre auftun. Allerdings gibt es noch einen anderen, wichtigen Aspekt des Interesses an der Volksrepublik China: Wie Vietnam ist es eine ehemals sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft, die einen Weg der Transformation beschritten hat, der von Anfang an hohe Wachstumsraten mit sich brachte und damit eine ganz andere Erfahrung als die Transformation in Mittel- und Osteuropa, die ja durch tiefe Transformationskrisen gekennzeichnet war. China war unter Mao Tse-Tung zunächst mit Hilfe sowjetischer Berater in eine Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs umgewandelt worden, wenn auch die wirtschaftlich rückständigen Regionen im Westen Chinas nie vollkommen diesem Modell entsprachen. Geographisch wurde der Schwerpunkt der Industrialisierung sozialistischen Typs, mit besonderer Förderung der Schwerindustrie, deshalb auch auf die Entwicklung des westchinesischen Hinterlandes gelegt, auch da die bisher am weitesten entwickelte Küstenregion Südchinas sowie deren unmittelbares Hinterland als militärisch zu exponiert galten.¹⁰

Die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Experimente des „großen Sprungs“ (*great leap forward*) Ende der 1950er Jahre und der Kulturrevolution in den 1960er Jahren, die einen eigenständigen entwicklungspolitischen Weg des Maoismus begründen sollten, führten zu katastrophalen wirtschaftspolitischen Ergebnissen. Letztlich waren die Massenbewegungen aber nicht viel mehr als ein ideologischer Überbau (mit negativen Konsequenzen) – daneben blieben die negativen Folgen der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft wie Mangelwirtschaft, Fehlallokation der Ressourcen, fehlende Anreize, Überbürokratisierung und weiche Pläne, voll bestehen. Die Abschottung gegenüber dem Ausland und die starken Autarkiebestrebungen waren dabei einerseits wirtschaftspolitisch begründet, andererseits politisch begründet als eine Antwort auf die als nationale Demütigung empfundene erzwungene Öffnung Chinas durch die Westmächte im 19. Jahrhundert. Die Größe Chinas sollte

¹⁰ In der Rhetorik der chinesischen Führung ging es um den Aufbau der „dritten Grenze“ (*third frontier*), hinter der ersten Grenze (Küstenregionen) und zweiten Grenze (küstennahes Hinterland). Diese dritte Grenze hatte oberste Priorität bei Investitionen.

durch die eigenständige Form des Sozialismus deutlich werden, die keinen Austausch mit kapitalistischen Staaten benötigte. Als nach dem Tod Maos und der Absetzung der „Viererbande“ 1978 über die Grundlinien einer neuen Wirtschaftspolitik diskutiert wurde, wurde interessanterweise dasselbe Argument, nämlich die nationale Größe, für die wirtschaftliche Öffnung Chinas verwandt. Inzwischen hatten sich viele der exportorientierten Staaten Ostasiens zu erfolgreichen Industriestaaten gewandelt und China in der wirtschaftlichen Entwicklung weit überholt.¹¹ China reagierte darauf mit einer „Politik der offenen Tür“ sowie der Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, die zu Katalysatoren der wirtschaftlichen Entwicklung werden sollten.

Damit begann auch der Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Großmacht unter Deng Xiaoping ab dem Jahr 1978. Nachdem China unter Mao und seinen Nachfolgern jahrzehntelang von Armut und Hungersnöten in einer dysfunktionalen Zentralverwaltungswirtschaft geprägt waren, haben die marktwirtschaftlichen Reformen zunächst in der Landwirtschaft und dann auch in der Industrie zu einem rasanten Wachstum geführt. Seitdem ist die chinesische Wirtschaft (BIP) im Jahr um durchschnittlich neun Prozent gewachsen, die Industrie sogar um 11 Prozent. Ein Ende dieses Booms ist noch nicht abzusehen. Dank großer Handelsüberschüsse von bis zu 200 Mrd. US-\$ jährlich hat China die größten Devisenreserven der Welt angehäuft – ein Weltrekord, der jedoch wegen des ungelösten Problems der weiteren Entwicklung des Wechselkurses des Yuan nicht nur Freude bei den chinesischen Behörden auslöst. Ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer geht nach China, dem wichtigsten Zielland für ausländische Investitionen neben den OECD-Staaten. Dennoch gibt es auch in der chinesischen Wirtschaft große Probleme: Der Bankensektor ist marode, riesige Einkommensunterschiede zwischen dem entwickelten östlichen Küstenstreifen und dem westlichen Hinterland führen zu sozialen Konflikten, hunderte Millionen Wanderarbeiter und Unterbeschäftigte in der Landwirtschaft sowie im Staatssektor konnten bisher nur wenig vom Boom Chinas profitieren. Etwa 15 Prozent der Bevölkerung leben immer noch unterhalb der Armutsgrenze von einem US-\$ pro Tag.

¹¹ Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit Hong Kong und Taiwan als Problem angesehen, da China auf beide territoriale Ansprüche erhob. In seiner Rede vor zehntausend Kadern der Kommunistischen Partei Chinas am 16. Januar 1980 bezeichnete Deng Xiaoping (in dieser Reihenfolge) als die drei wichtigsten Ziele Chinas den Kampf gegen amerikanische und sowjetische Hegemonie, die Rückkehr Taiwans und den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Während die Erfolge, aber auch die ungelösten Probleme Chinas ein Ergebnis der Entwicklung der letzten 25 Jahre sind, hat die jüngste Zeit nach der Asienkrise von 1997 und 1998 doch eine bemerkenswerte Änderung mit sich gebracht.¹² War China vorher, bedingt durch die Konzentration auf die Entwicklung im Innern, im wesentlichen außenpolitisch passiv, und bedingt durch den Wunsch nach WTO-Mitgliedschaft außenwirtschaftspolitisch äußerst zurückhaltend, so änderte sich dies in den letzten Jahren deutlich. Dies betrifft vor allem den Einfluss Chinas in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, wo es vom passiven, wenn auch wohlwollenden Empfänger von Investitionen und Entwicklungshilfe zum aktiven Teilnehmer an regionalen Entwicklungsprozessen wurde. Mehr noch wurde es selber zum Geber von Entwicklungshilfe, vor allem in Afrika und manchmal auch in so genannten „Schurkenstaaten“, die meist aber eine kaum kaschierte Form der Sicherung von Rohstoffvorkommen ist. Auch als Investor tritt China immer häufiger auch, inzwischen auch in Westeuropa, eine Tatsache, die z.B. durch die Übernahme von Schneider Electronics durch den chinesischen Konzern TCL, der auch schon die DVD- und TV Sparte der französischen Thomson Gruppe übernommen hatte, und nicht zuletzt die Zunahme des chinesischen Massentourismus, der inzwischen die japanischen und koreanischen Zahlen weit überholt hat, ins Bewusstsein gerückt wurde.¹³

Wirtschaftspolitisch gesehen wird vor allem der große Handelsbilanzüberschuss thematisiert, der etwa in den USA zu einer deutlich protektionistischeren Haltung in der Handelspolitik geführt hat, aber auch in Europa, etwa durch Textilquoten, zu Abwehrreaktionen führt. Aber auch ordnungspolitisch stellt der chinesische Weg, genau wie in einem kleineren Maßstab die Entwicklung Vietnams, eine Herausforderung dar: Anscheinend mühelos findet hier die Transformation von Zentralverwaltungswirtschaften zu Marktwirtschaften statt, bei einem Fortdauern des Machtmonopols der kommunistischen Partei. Diese Erfahrung scheint der von der Ordnungspolitik postulierten Interdependenz von politischem und wirtschaftlichem System augenscheinlich zu widersprechen. Geadelt wurde der chinesische Erfolg nicht zuletzt dadurch, dass ein Chinese, der auch die Regierung bei ihren Reformen beraten hat, Chefökonom und Vizepräsident der Weltbank wurde.¹⁴ Welche Faktoren waren für den Transformationserfolg maßgeblich? Um dies zu verstehen, muss man sich zwei

¹² Vgl. ausführlich Seliger (2006).

¹³ Zur Herausforderung, die China speziell für Europa darstellt, s. Taube (2006).

¹⁴ Justin Yifu Lin, der Gründungsdirektor des China Centre for Economic Research an der Universität Peking.

Dinge vor Augen halten: erstens entspricht diese Art der Transformation fast genau der Entwicklungsstrategie und den Erfahrungen der kleinen Tiger, eine Tatsache, die durch die Bezeichnung der Regime als kommunistisch eher verschleiert wird. Und zweitens, und da sind die Erfahrungen ebenfalls ähnlich mit den Tigerstaaten, ist China sowie Vietnam immer noch durch eine unvollständige Transformation gegangen und die Erfahrungen der Asienkrise könnten sich eines Tages auch in diesen Staaten wiederholen.

Die Volksrepublik China und Vietnam nennen sich zwar weiterhin kommunistisch und im ideologischen Überbau wird diese Fiktion noch aufrechterhalten, wie die Pilgerscharen von Besuchern aus China zeigen, die zum Marx-Geburtshaus nach Trier fahren, die besonderen Beziehungen zu kommunistischen Bruderparteien und Staaten wie Nordkorea, die Fortdauer der Mao-Verehrung und die politische Rhetorik. Inhaltlich haben sich China wie Vietnam allerdings rein pragmatisch auf einen in vieler Hinsicht marktwirtschaftlichen Kurs begeben und dabei auch eine Lockerung des gesellschaftspolitischen Monopols der Partei in Kauf genommen. Obwohl die Gesellschaften weit entfernt von einer liberalen Gesellschaft westlicher Prägung sind, so sind doch Denkverbote, Repressionen und Restriktionen überhaupt nicht mit denen der ursprünglichen sozialistischen Phase zu vergleichen. Damit entfallen aber auch viele der Bedingungen, die die sozialistischen Wirtschaften gelähmt hatten, zuallererst der Mangel an Anreizen, vor allem das Gewinnstreben. Pragmatisch wurde z.B. das Internet als Massenmedium akzeptiert, wenn auch mit gelegentlichen Zensurversuchen. Am härtesten treffen diese Versuche diejenigen, die das Machtmonopol der KPCh in Frage stellen, weniger oft in ideologischer Weise als das Machtmonopol als Privilegium einer Funktionärskaste. Ein ganz wichtiger Aspekt der Freiheit, der gleich zu Beginn der Reformen wichtig war, ist die relativ große Anzahl von Auslandsstudenten, die China und Vietnam zugelassen haben und die zwar zu einer erheblichen Anzahl zunächst nicht zurückgekehrt sind, die aber von Anfang an, und gerade heute als Rückkehrer die besten Medien sind, um neue Ideen und neue Technologien, neue Managementmethoden und neue Organisationsformen in die Heimat zu bringen. Und inzwischen bringen die Rückkehrer, die zunächst oft in den USA oder anderswo im Ausland eine Karriere gemacht haben, auch Kapital mit zurück. Der Beitrag dieser Studenten zu Wissens- und Kapitaltransfer sollte nicht unterstützt werden.

Die Rolle der Auslandsstudenten, die es auch in den Tigerstaaten gab und gibt, ist eng mit der Hochschätzung von Bildung verbunden.

Ebenfalls ähnlich wie in den Tigerstaaten war das schnelle Wachstum des Agrarsektors in der ersten Phase der Transformation ein wichtiges Element, das den Rückhalt der im Wesentlichen agrarisch geprägten Staaten für den Transformationsprozess mit sich brachte. Darin unterscheiden sich die Volksrepublik China und Vietnam z.B. deutlich von den mittel- und osteuropäischen sozialistischen Wirtschaften, in denen eine viel stärker industrielle Prägung vorhanden war und in denen gleichzeitig auch dort, wo die Landwirtschaft wie in Südosteuropa oder Polen eine wichtige Rolle spielte, keine großen Produktivitätssprünge in der Landwirtschaft gelangen. Auch bei den Interventionen gibt es Parallelen zu den Tigerstaaten: Ursprünglich waren die Interventionen allumfassend gewesen und oft gegen den Markt gerichtet. Aber schon die Einrichtung der Sonderwirtschaftszonen wies in eine andere Richtung: auch hier wurden Exportziele vorgegeben, während die Interventionen z.B. in das Preissystem schnell abgebaut wurden und der Arbeitsmarkt freigegeben wurde. Zwar sind die Interventionen auch gegen den Markt noch weitaus zahlreicher als in den Tigerstaaten, aber die Richtung hat sich deutlich gewandelt. Schließlich ist auch die makroökonomische Stabilität vergleichbar mit der der Tigerstaaten: trotz Phasen von hoher Inflation hatte es China immer in den vergangenen zwei Jahrzehnten geschafft, die makroökonomischen Daten insgesamt stabil zu halten, was angesichts des Erbes, dass die chinesischen Reformer 1978 angetreten sind, ein bemerkenswerter Erfolg ist.

Anders als in den Tigerstaaten ist vor allem der Mangel an Transparenz und Effizienz der Behörden gerade in China ein noch ungelöstes Problem. Zwar werden mit großem Aufwand Anti-Korruptionsverfahren angekündigt, die strukturellen Ursachen der Korruption, wozu nicht zuletzt das Machtmonopol der Partei gehört, werden aber nicht beseitigt. Bereits heute beklagen ausländische Firmen die Willkür der Verwaltung und des Gerichtssystems, die auch den Abfluss von Investitionen auslösen können. Auch die Ungleichheit ist weitaus höher als in den Tigerstaaten, vor allem in China, wo eine punktuelle Transformation Stadt versus Land und östliche Küstenregion versus westliches Hinterland in krasse Gegensätze verwandelt hat. Damit sind die Tigerstaaten und China in drei von der Weltbank als besonders wichtig erachtete

Kriterien für den Wachstumserfolg vergleichbar („*getting the basics right*“, landwirtschaftliche Produktivitätsfortschritte als Basis der Transformation und ein verstärkter Einsatz „marktfreundlicher“ Interventionen) und zwei eher nicht vergleichbar (die effiziente und relativ korruptionsfreie Verwaltung und die relativ geringe Ungleichheit).

Der letzte Punkt, die punktuelle Transformation, weist auch schon auf die zweite wichtige Tatsache hin: der Transformationsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Trotz der beeindruckenden Wachstumserfolge, die im Falle Chinas auch den wichtigsten Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung darstellten, war das Niveau, von dem aus hohes Wachstum in China und Vietnam erreicht wurde, äußerst gering (viel geringer als in Mittel- und Osteuropa und der Sowjetunion) und viele Schwierigkeiten der Transformation stehen den beiden Transformationsstaaten noch bevor. Zwar waren die Faktoren Arbeit und (einheimisches) Kapital zu Zeiten der Zentralverwaltungswirtschaft schon weitgehend ausgeschöpft, aber nur quantitativ: das Ende von politisch bestimmten Fehlallokationen durch die Einführung marktwirtschaftlicher Prozesse führte zu großen Produktivitätsgewinnen. Und zeitgleich kam es, zunächst in den Sonderwirtschaftszonen, zum Zufluss neuen Kapitals aus dem Ausland. Dennoch blieb der Transformationsprozess unvollendet: Um den politischen Schwierigkeiten der Transformation aus dem Wege zu gehen und gleichzeitig das Machtmonopol der Partei aufrechtzuerhalten, kam es, anders als in den sozialistischen Staaten Europas, nicht zu Massenprivatisierungen. Stattdessen wurde die Entstehung eines Marktsektors neben dem schrumpfenden Staatssektor geduldet, so dass jetzt eine duale Ökonomie besteht.

Die fehlende Privatisierung ist allerdings mit großen Kosten verbunden, denn die staatlichen Unternehmen sind zwar schon modernisiert und operieren in einem marktwirtschaftlichen Umfeld, werden aber auch bei Insolvenz in der Regel am Leben erhalten. Hybridunternehmen, die so genannten *Township and Village Enterprises*, haben die kleine Industrialisierung auf dem Lande vorangetrieben. Aber auch sie operieren in Krisenzeiten im Zweifel mit einer weichen Budgetbeschränkung. Bisher waren die sozialen Vorteile des Bestehens des staatlichen Sektors für die Wirtschaftslenker offensichtlich wichtiger als die Kosten. So sind die Staatsunternehmen z.B. ein wichtiges soziales Netz, das jedes Jahr mehrere Millionen junge Männer aufnimmt, die aus dem Wehrdienst kommen und die theoretisch einen Anspruch auf

einen Arbeitsplatz im Staatsunternehmen haben. Diese bilden ein erhebliches Unruhepotenzial und in den letzten Jahren, als sich immer mehr Staatsunternehmen weigerten, sie gegen die ökonomische Rationalität in ihren Betrieb aufzunehmen, kam es bereits mehrfach deswegen zu Unruhen.

Das allmähliche Schrumpfen des staatlichen Sektors bei einem gleichzeitig stärkeren Anwachsen des Privatsektors mag die Hoffnung auf eine harmonische Lösung aufkommen lassen, nach der eine fortschreitende Integration von Arbeitskräften im immer stärkeren marktwirtschaftlichen Sektor auch die soziale Funktion der Betriebe mehr und mehr obsolet macht. Allerdings ist auch damit die Frage ungelöst, inwieweit die politischen Eliten sich mit dem Ende der von ihnen als Pfründe behandelten Unternehmen zufrieden geben. Ein weniger harmonisches Ende könnte auch sein, dass sich die neuen Privatbetriebe oder, etwa bei Steuererhöhungen, die Bürger schlichtweg weigern, die Kosten für die Staatsbetriebe weiter zu tragen, vor allem dann, wenn im Falle z.B. eine zyklischen Krise die Kosten erheblich steigern. Gleichzeitig sind damit regionale (Küste versus Hinterland) und auch ethnische (Han-Chinesen versus Minderheiten in Grenzprovinzen) Verteilungskämpfe eingeschlossen, die auch die politische Stabilität Chinas bedrohen können. Diese war im bisherigen Transformationsprozess ja in mancher Hinsicht – und dies ist ausdrücklich keine ethische Bewertung – ja ein Pluspunkt, da politische Unruhen wie in manchen anderen früheren sozialistischen Staaten ausblieben.

Die Rolle der Staatsunternehmen hat übrigens durch die zunehmenden Investitionstätigkeiten dieser Unternehmen im Ausland auch handelspolitische und wettbewerbspolitische Aspekte; dies trifft gleichermaßen für die Staatsholdings der Tigerstaaten wie etwa Temasek in Singapur zu. Zwar werden diese Staatsbetriebe nach wirtschaftlichen (nicht politischen) Gesichtspunkten geführt, und ihr Vorteil als Staatsunternehmen besteht vor allem in der Möglichkeit, von niedrigeren Kreditzinsen zu profitieren. Allerdings könnte sich in Krisenzeiten der fehlende Staatseinfluss schnell einstellen, und dann wären die Unternehmen potenzielle Probleme für eine Wettbewerbsordnung der Marktwirtschaft. Dies gilt umso mehr, als dass inzwischen drei der gemessen an der Marktkapitalisierung größten Unternehmen der Welt (nämlich PetroChina auf Rang eins und China Mobile sowie die Industrial&Commercial Bank of China auf Platz vier und fünf) unter den fünf größten Unternehmen weltweit

vertreten sind. Für die Zukunft lassen sich daraus eine Reihe möglicher Konfliktsituationen erwarten.

5. Schlussfolgerungen für die Ordnungstheorie und Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa

Die wirtschaftspolitischen und auch ordnungspolitischen Herausforderungen Ostasiens, die nach dem Frühstart Japans in zwei Wellen der Tigerstaaten und der früheren sozialistischen Wirtschaften aufgetreten sind, konnten in diesem Beitrag nur überblicksartig dargestellt werden. Tatsächlich stellt Ostasien mit seinem Aufschwung eine Herausforderung für die Ordnungspolitik Deutschlands und Europas dar. Der Westen genießt keine automatische Vorrangstellung und muss sich durch Reform seiner Wirtschaftssysteme, aber auch z.B. durch die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, in denen Ostasien in der Zukunft zwangsläufig stärker vertreten sein wird, auf das Ende dieser Vormachtstellung einstellen. Ostasien hat auch weit erfolgreicher als andere Regionen der Welt zur Armutsbekämpfung und damit auch viel zum Verständnis von Wachstum und Entwicklung beigetragen. Gleichzeitig ist Ostasien zum Wachstumsmotor der Welt geworden, aber auch zum Wettbewerber für westliche Firmen, der sie zur Innovation zwingt und diejenigen, die dazu unfähig sind, zur Aufgabe.

Allerdings zeigte die Diskussion des Aufstiegs der ostasiatischen Staaten auch, dass dies nicht als eine fundamentale ordnungstheoretische Herausforderung zu verstehen ist. Denn die Politik dieser Staaten ist, wo sie erfolgreich ist, durchaus mit den Erwartungen der Ordnungstheorie vereinbar.

Gerade im Bereich der Bildung und des Bildungswillens, der zu den Kennzeichen der Entwicklungsprozesse in Ostasiens schnell wachsenden Volkswirtschaften gehört, ist auch das Ineinandergreifen spezifisch „asiatischer“ Werte mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen. Die Bildung von Humankapital kann dabei nicht nur durch Inputs gemessen werden, sondern muss kulturelle Faktoren mit berücksichtigen. So wäre es in der westeuropäischen Bildungskultur etwa völlig undenkbar, wenn ein entsprechend hoher Anteil der Privathaushalte an den Bildungsausgaben verlangt würde wie in Südkorea. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass kulturelle Faktoren schwierig zu messen sind und sich nicht einfach auf eine „Konfuzia-

nismus-Hypothese“ reduzieren lassen. Denn diese war – im umgekehrten Sinn – bei Karl Marx und Max Weber vereinfachend gesprochen die These, dass der Konfuzianismus in seiner Orthodoxie im 18. und 19. Jahrhundert ein Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung war.¹⁵ Der Pragmatismus in Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der einerseits die Beibehaltung bisheriger institutioneller Systeme ermöglicht, die wie im Fall der japanischen Monarchie schon über tausend Jahre zurückreichen, andererseits die schnelle Adaption von westlichen Werten und Organisationsformen in Management und Gesellschaft erlaubt, ist wohl ein wichtiger Faktor für die oft widersprüchliche institutionelle Entwicklung, die Beobachter verwirrt. So ist die fundamental unterschiedliche Einschätzung von Investitionsverhalten südkoreanischer Konglomerate als langfristige Wachstumsstrategie oder schlichtweg als ökonomisch irrational zu erklären, so auch die unterschiedliche Einschätzung von Beziehungsnetzwerken als effiziente Grundlage für schnelle Ressourcenmobilisierung oder schlichtweg als „*crony capitalism*“.

Die Erfahrung Ostasiens zeigt auch, und dies gilt ebenfalls gleichermaßen für die erste und die zweite Welle der Wachstumsstaaten, dass westliche Werte wie Transparenz keinesfalls westlich sind, sondern dass sie eine notwendige Voraussetzung für kontinuierliches Wachstum sind. Die Diskussion um *corporate governance* in Ostasien zeigt deutlich die Grenzen des Wachstums für intransparente Unternehmen, aber auch Wirtschaftssysteme auf. Während diese Diskussion in China noch am Anfang steht, aber schon eine wichtige Bedeutung gewonnen hat, ist sie in anderen Staaten schon weiter fortgeschritten. Analoges gilt für die Gesellschaftsordnung: Relativ korruptionsfreie autoritäre Regierungen mögen nicht wachstumshinderlich sein; sie sind aber sicherlich keine Voraussetzung für Wachstum; zugleich besteht eine viel größere Gefahr für Korruption bei autoritären Regierungen.

Die Antwort auf die ostasiatische Herausforderung kann nicht Protektionismus sein; das verbietet schon der Selbstschutz, wegen der Märkte vor allem Chinas für deutsche und europäische Produkte. Die Antwort ist aber auch nicht in einer Neuformulierung und Neuausrichtung der Ordnungstheorie bzw. der Grundlagen der Wirtschaftspolitik zu sehen. Vielmehr ist sie als eine konsequente Anwendung der Ordnungstheorie zu sehen, wie sie von den Ordnungstheoretikern der sozialen Markt-

¹⁵ Zur Konfuzianismusrezeption im Westen s. Lee (2003).

wirtschaft entworfen wurden. Kontinuierliche Reform im Innern ist die beste Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, dann erlauben Innovationen es auch Hochlohnstandorten, zu produzieren. Voraussetzung dafür ist allerdings Innovationsfähigkeit und –Willigkeit, und dies gilt gleichermaßen für neue Technologien wie für das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. In Einzelpunkten wie dem Aufkommen großen Staatsholdings mag es wettbewerbspolitischen Klärungsbedarf geben, wobei die Klärung nicht in der Einführung weltweiter Aufsichtsbehörden, sondern in der Verpflichtung auf gemeinsame Wettbewerbsregeln zu sehen ist. Für die Ordnungstheorie aber ist der Aufstieg Ostasiens nicht ein neues Paradigma, sondern eine Bestätigung alter Einsichten. Es kommt darauf an, diese zu nutzen und auch im eigenen Land wieder in Einsatz zu bringen.

Literatur

Beasley, William G. (1987), *Japanese imperialism 1894-1945*, Oxford: Clarendon Press.

Henderson, Callum (1998), *Asia falling*, New York: McGraw-Hill.

Johnson, Chalmers (1982). *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*, Stanford, CA: Stanford University Press.

Kaufman, George G. – Thomas Krueger – William C. Hunter (1999). *The Asian Financial Crisis: Origins, Implications and Solutions*, New York: Springer.

Kim, Key-Hiuk (1980). *Last Phase of the East Asian World Order: Korea, Japan, and the Chinese Empire, 1860-1882*, Berkeley: University of California Press.

Krugman, Paul (1994). "The Myth of Asia`s Miracle. A cautionary Fable," *Foreign Affairs*, Vol. 73, no. 6, pp. 62-78.

Lee, Eun-Jung (2003). "Anti-Europa". *Die Geschichte der Rezeption des Konfuzianismus und der konfuzianischen Gesellschaft seit der frühen Aufklärung. Eine ideengeschichtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung*, Münster: LIT Verlag.

Long, Don (1977). "Repression and Development in the Periphery: South Korea," *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Vol. 9.

Mandelson, Peter (2008), "Europe`s openness and the policy of globalization," *The Alcuin lecture*, Cambridge, February 8, 2008, im Internet: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc_137739.pdf (Zugriff am 10. Februar 2008).

Pascha, Werner (1991). *Die außenorientierte Industrialisierung von Ländern Ost- und Südasiens*, Habilitationsschrift, Freiburg.

Pempel, T.J. (1999). *The Politics of the Asian Economic Crisis*, Ithaca, NY: Cornell University Press.

Sachs, Jeffrey (2004), "Welcome to the Asian Century," *Fortune Magazine*, January 12, 2004, im Internet: http://money.cnn.com/magazines/fortune/fortune_archive/2004/01/12/357912/index.htm

(Zugriff am 10. Februar 2008).

Seliger, Bernhard (2006). „Die neue politische Ökonomie Ostasiens und die Rolle Chinas,“ *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zu „Das Parlament“, No. 49, 4.12.2006, <http://www.das-parlament.de/2006/49/Beilage/002.html>

Seliger, Bernhard (2000). "Die Interdependenz von Wirtschaftsordnung und politischer Ordnung – das Beispiel der Asienkrise," in: Edward Keynes (Hrsg.), *Willensbildungsprozesse und Demokratie*, Frankfurt/ Main 2000, S. 209-226.

Seliger, Bernhard (1999). *DJnomics – Ordnungspolitische Entwicklungen in der Republik Korea seit der Asienkrise*, Konrad Adenauer Stiftung, Occasional Papers No. 7, Seoul 1999.

Taube, Markus (2006). „Die VR China als aufstrebende Macht in der Weltwirtschaft: Herausforderungen an Europa,“ *Politische Studien*, Vol. 57, no. 408, S. 26-35.

Weltbank (Hrsg.) (1993), *The East Asian Miracle - Economic Growth and Public Policy*, Oxford: Oxford University Press.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de